

## Bonn bekommt keine Herbert-Hupka-Straße

BONN. Der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme (CDU), hat die Weigerung des Rates der Stadt Bonn, eine Straße nach dem ehemaligen Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien zu benennen, scharf kritisiert (siehe auch den Kommentar auf Seite 2). „Der rot-grün dominierte Rat der Stadt Bonn scheint auf beiden Augen blind zu sein“, sagte Fromme. Der 2006 verstorbene Herbert Hupka, der auch stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen war, sei ein „gewissenhafter Mahner der geschichtlichen Wahrheit“ und „Verteidiger der Menschen- und Minderheitenrechte gerade auch für Deutsche“ gewesen. Der Rat der Stadt hatte kürzlich einen Antrag der CDU abgelehnt, Hupka in die Straßenbenennungsliste Bonns aufzunehmen.

## Anklage gegen Linksextremisten

KARLSRUHE. Die Bundesanwaltschaft hat gegen drei mutmaßliche Mitglieder der linksextremistischen „militanten Gruppe“ (mg) Anklage erhoben. Die Behörde wirft den 36 bzw. 46 Jahre alten Männern die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Brandstiftung vor. Die drei Berliner sollen unter anderem Ende Juli 2007 versucht haben, drei Fahrzeuge der Bundeswehr in Brand zu setzen. Nach Ansicht der Bundesanwaltschaft strebt die Terrorgruppe „durch fortgesetzte militante Aktionen“ die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung an (JF 49/06). Ihr werden seit 2001 zahlreiche Anschläge im Raum Berlin zugeschrieben.

## Berlin zählt 3.500 Homo-Ehen

BERLIN. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über eingetragene Lebenspartnerschaften im August 2001 sind in Berlin über 3.500 sogenannte „Homo-Ehen“ geschlossen worden. Das geht aus einer Antwort des Berliner Senats auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Thomas Birk hervor. Danach ließen 2.513 schwule und 1.015 lesbische Paare ihre Lebenspartnerschaft eintragen. Soweit es dem Senat bekannt ist, wurden 191 „Homo-Ehen“ wieder gelöst.

## NS-Opfer: Stiftung zahlt 4,5 Milliarden Euro

BERLIN. Die Zwangsarbeiter-Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hat knapp 4,5 Milliarden Euro an ehemalige Opfer des Nationalsozialismus ausgezahlt. Das geht aus der jetzt veröffentlichten abschließenden Zusammenfassung der Bundesregierung hervor. Danach wurden von der im Jahr 2000 gegründeten Stiftung rund 4,48 Milliarden Euro ausgezahlt, wodurch etwa 182,5 Millionen Euro zusätzlich an Verwaltungskosten anfielen. Das Kapital der Zwangsarbeiter-Stiftung belief sich auf 5,2 Milliarden Euro und wurde vom deutschen Staat und der Wirtschaft aufgebracht.

HANS CHRISTIANS

Enge Weggefährten des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Vorsitzenden Kurt Beck berichten von einer regelrechten Metamorphose, sobald er das heimische Mainz verläßt und das Parkett der Bundeshauptstadt Berlin betritt. In der Landeshauptstadt ist er „der Kurt“, ein Kumpeltyp, dessen Handschlag zählt und der auf eine übertriebene Etikette nur wenig Wert legt. In der Bundeshauptstadt aber muß er den Vorsitzenden der bis zur vergangenen Woche größten deutschen Partei geben.

Es ist eine Rolle, die Kurt Beck alles andere auf den Leib geschnitten ist, und so wandelt sich der fröhliche Kumpel Kurt nach nur einer Flugstunde zu einem mürrischen, introvertierten Eigenbrötler, der den Eindruck erweckt, er sei in Berlin nur auf der Durchreise. Zermürbt von quälenden Richtungsstreitigkeiten und desaströsen Umfrageergebnissen beging der 59-jährige im Februar einen schweren strategischen Fehler, dessen Außenwirkungen mittlerweile auch an der Heimatbasis spürbar werden.

## Beck gilt als Wortbrecher

Während eines Kamingsgesprächs mit einem Kreis ausgewählter Journalisten ließ Beck die Möglichkeiten einer Kooperation mit der Linkspartei anklingen und ging damit auf Distanz zu den zuvor während des hessischen Landtagswahlkampfes getroffenen Aussagen.

Problematisch wurde die Sache freilich erst, nachdem sich ein anwesender Medienvertreter nicht an die zuvor vereinbarte Vertraulichkeit gehalten hatte. Beck's Aussagen wurden öffentlich, und da nutzte es wenig, daß der SPD-Chef

# Ein Kumpeltyp in Bedrängnis

Rheinland-Pfalz: Der angeschlagene SPD-Vorsitzende Kurt Beck gerät auch in seinem Stammland immer stärker unter Druck



Beck auf einem heimatischen Weinfest: Als Landesvater populär

lauthals über die journalistische Hinterhältigkeit jammerte. Seitdem gilt der Mainzer Regierungschef als Wortbrecher, wie sich anhand der neuesten Umfragen in seiner Heimat belegen läßt. Gerade gleichauf mit einer schwachen Landes-Union befindet sich die allein regierende SPD auf Sinkflut weit unter die 40-Prozent-Hürde. Und bei der Frage nach dem beliebtesten Landespolitiker ist der Abonnement-Sieger Beck mittlerweile deutlich hinter den FDP-Landesvorsitzenden Rainer Brüderle zurückgefallen.

Am schlimmsten aber ist der Glaubwürdigkeitsverlust. Mehr als die Hälfte der Befragten halten Beck für unglaubwürdig, und bei der Frage nach dem optimalen Kanzlerkandidaten der SPD schneidet Außenminister Frank-Walter Steinmeier sogar in Beck's Heimat mittlerweile besser ab als der Ministerpräsident. Der reagiert nach einem fast schon zur Methode gewordenen Strickmuster. Er beschimpft Journalisten und Meinungsforschungsinstitute und beklagt den Verfall der politischen Kultur.

Es steht außer Frage, daß Beck als Parteivorsitzender spätestens seit dem mißglückten Kamingsgespräch schwer angeschlagen ist. In seiner Heimat wäre das dem Strippenzieher nicht passiert. Wenn er den Chefredakteuren der *Rheinpfalz* oder der *Mainzer Allgemeinen* seine nächsten Schachzüge bei einem Schoppen Pfälzer Wein präsentierte, konnte er sich auf Vertraulichkeit verlassen. Doch das System Beck funktioniert in Mainz und nicht in Berlin. Und genau dieses Scheitern wird nun auch im Hinblick auf seine weitere Karriere in Rheinland-Pfalz zum Problem.

Zweifelsohne ist der Landesvater immer noch populär. Während seine Amtskollegen große Politik zu machen pflegen und sich in Live-Sendungen einem Millionenpublikum geradezu aufdrängen, tingelt Beck über Weinfeste, kürt Schönheitsköniginnen und besucht

mittelständische Unternehmer. Er läßt sich duzen, wenn er bei Heimspielen des 1. FC Kaiserslautern leutselig an der Würstchenbude steht, und wenn der sportlich und finanziell kriselnde Zweitligist mal wieder Steuermittel zur Konsolidierung benötigt, setzt Beck dies über alle Parteigrenzen hinweg durch.

## Die Pfälzer lieben die Bodenständigkeit

Die Menschen mochten ihn bisher, weil er als Macher und nicht als Visionär gilt. „Bei uns gilt das Wort 'sofort' und nicht die Frage nach der Zukunft“, ließ Beck neulich verlauten und verbreitet fast beschwörend, daß die Stimmung an der Basis, bei den normalen Menschen eine andere sei, als es die Meinungsforscher und Journalisten suggerieren würden. Aus diesen persönlichen Erfahrungen schöpfen die Genossen am Rhein und in der Pfalz ihre Hoffnung. Immerhin ist es Beck 2006 gelungen, die damals noch unter dem Namen WASG angetretene Linke aus dem Landtag herauszuhalten und der SPD eine absolute Mehrheit zu besorgen.

Die Pfälzer lieben Bodenständigkeit und Verlässlichkeit. Und hierin liegt Beck's Dilemma. Nach allen Umfragen werden sich im nächsten Landtag fünf statt bisher drei Parteien wiederfinden. Und eine rote Regierungsmehrheit scheint zweieinhalb Jahre vor dem Wahltermin nur mit Hilfe der Linkspartei möglich. Dem Ministerpräsidenten bleibt derzeit nur die Hoffnung, daß sich die politische Großwetterlage ändern und er nicht in die Situation geraten wird, in seiner Heimat eine Koalitionsaussage gegen die Linkspartei treffen zu müssen. Sprichwörter wie „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, auch wenn er mal die Wahrheit spricht“ haben in der Pfalz spätestens seit dem verpatzten Kamingsgespräch Hochkonjunktur. Und das ist Kurt Beck's größte Niederlage.

# Vermögensamt muß Grundstück herausgeben

Enteignungen: Ein neues Gerichtsurteil zeigt, daß unter sowjetischer Besatzung entzogene Immobilien auch heute noch zurückübertragen werden können

Es ist selten, aber immer wieder gelingt hier und da doch. Dann nämlich muß der deutsche Fiskus wieder herausgeben, was er sich 1990 mit der Wiedervereinigung angeeignet hat, obwohl es ihm nicht gehörte und zuzustand: Liegenschaften privater Eigentümer, die diesen während der sowjetischen Besatzungszeit 1945 bis 1949 im Wege der politischen Verfolgung entzogen worden sind. Eine solche Rückgabe ist auch kürzlich wieder erstritten worden. Das brandenburgische Amt zur Regelung offener Vermögensfragen sah sich durch das Verwaltungsgericht Potsdam genötigt, ein Grundstück in Neuruppin an den früheren Eigentümer zurückzugeben, da sich dieses noch in öffentlicher Hand befand (Aktenzeichen 6 K 628/05). Auf die Rückgabe der anderen neun Grundstücke, die schon seit der DDR-Zeit in privater Hand waren, hat der Kläger verzichtet, um die dort lebenden Menschen zu schonen.

Der Eigentümer, eine Bauträgerfirma, hatte damals eine Vielzahl großer Wohnhaussiedlungen besessen. Eine davon lag in Neuruppin und bestand aus

zehn Grundstücken, bebaut mit jeweils einem Ein-Familien-Haus. Wie in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) üblich, war auch dieser Eigentümer Opfer der überaus vielen Fälle von politischer Verfolgung geworden, die als Nebenfolge zur Entziehung des Vermögens führte. Das Vermögensamt hatte die Rückgabe abgelehnt. Doch als das Gericht ihm in der mündlichen Verhandlung drohte, den Ablehnungsbescheid kostenpflichtig aufzuheben, entschloß sich das Amt zur Rückgabe ohne Urteil. Entsprechend lenkte auch die am Verfahren beteiligte Stadt Neuruppin ein.

Im Verfahren entscheidend war der Befehl Nr. 64 der Sowjetischen Militär-Administration (SMAD). Er verbietet ausdrücklich weitere Enteignungen, wenn die zur Enteignung vorgesehene Vermögenswerte bis zum 18. April 1948 nicht schon beschlagnahmt („sequestriert“) waren. Eine solche Sequestrierung mußte der eigentlichen Enteignung vorausgegangen sein. Fehlte es an der Beschlagnahme bis zu diesem Verbotdatum, widersprach eine Enteignung nach diesem Datum dem Will-

en der Besatzungsmacht. Dann besteht ein Rückgabeanspruch, auch wenn die Enteignung noch in der SBZ-Zeit vollzogen wurde.

Der anwaltliche Vertreter des Klägers, Stefan von Raumer, verweist hierzu auf eine Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig (BVerwG 8 C 25/05). Auf sie berief sich im Verfahren auch das Verwaltungsgericht Potsdam. Eine Beschlagnahme vor dem fraglichen Datum vermochte das beklagte Vermögensamt nicht nachzuweisen und das Gericht nicht zu recherchieren.

## Chancen auf Rückgabe „in nicht wenigen Fällen“

Ohnehin war nach Auffassung des Gerichts noch nicht einmal klar, ob die Liegenschaften noch in der SBZ-Zeit entzogen worden sind oder erst in der DDR-Zeit.

Das Verfahren zeigt: Auch wenn Immobilien der Eigentümer in der SBZ-Zeit rechtswidrig entzogen wurden und heute noch in öffentlicher Hand sind, besteht in einigen besonderen Fällen

immer noch die Möglichkeit, sie zurückzubekommen, obwohl die heutige Rechtsprechung die Rückgabe im Regelfall verweigert. Haben die einstige Treuhandanstalt oder ihre heutigen Abfolger wie die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben oder BVVG und TLG die Liegenschaften in der Zwischenzeit veräußert und ist daher eine Rückübertragung nicht mehr möglich, haben die früheren Eigentümer Anspruch auf Erlösauskehr oder Verkehrswertausgleich. Entspricht eine Vermögensentziehung dem damaligen sowjetischen Willen nicht unmittelbar, sieht von Raumer Chancen auf Rückgabe „in nicht wenigen Fällen“. Allerdings hängen die Erfolgsaussichten von einer Vielzahl von Details ab.

Auch vor dem Verwaltungsgericht Chemnitz ist es gelungen, eine Rückgabe von Immobilien zu erstreiten, die ebenfalls in der SBZ-Zeit enteignet worden waren (1 K 260/05). Hier ging es um einen Betrieb mit seinen Liegenschaften, die die Wismut GmbH – ein Unternehmen des Bundes in Sachsen und Thüringen – an die Erbgemeinschaft

der früheren Eigentümer herausgeben muß. Die Kläger konnten mit ihrem Anwalt von Raumer nachweisen, daß damals deutsche (nicht sowjetische) Stellen den Eigentümern den Betrieb in einem Strafverfahren entzogen haben.

Ferner hatte die Rehabilitierungskammer des Bezirksgerichts Leipzig die Opfer, weil unschuldig bestraft, schon am 20. Oktober 1992 rehabilitiert, also noch nach dem Rehabilitierungsgesetz der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer, das der Bundestag dann mit Datum vom 20. Oktober 1992 durch das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz ersetzt hat. Daher hatte das Sächsische Landesvermögensamt die Rückgabe auch zugestanden.

Nachdem die Wismut GmbH zunächst erfolgreich gegen den Rückgabebescheid klagte, scheiterte sie jetzt in einem Wiederaufnahmeverfahren vor dem Verwaltungsgericht Chemnitz, weil neue Tatsachen vorlagen, muß die (inzwischen sanierten) Grundstücke herausgeben und vermochte auch nicht, die Erstattung ihrer Sanierungskosten durchzusetzen. **KLAUS PETER KRAUSE**

## ■ PARTEIEN, VERBÄNDE, PERSONEN

### BUND DER STEUERZAHLER

Der Bund der Steuerzahler hat anlässlich der beginnenden Verwendung der neuen Steueridentifikationsnummer durch die Finanzbehörden datenschutzrechtliche Bedenken geäußert. „Zu befürchten ist, daß andere Behörden auf die steuerlichen Daten zugreifen wollen“, sagte der Bundesgeschäftsführer des Steuerzahlerbundes, **Rainer Holznapel**. „Damit könnte die Steueridentifikationsnummer auch außerhalb des Bundeszentralamts für Steuern zur Anwendung kommen.“

### FAMILIENBUND DER KATHOLIKEN

Der Familienbund der Katholiken hat die sofortige Erhöhung des Kindergeldes auf 300 Euro gefordert. „Das Kindergeld hat sich als wirksames Instrument im Kampf gegen Kinderarmut bewährt“, sagte die Präsidentin des Familienbundes, **Elisabeth Bußmann**. „Armen Kindern hilft man am besten, indem man ihre Familien

unterstützt. Eine Erhöhung des Kindergeldes ist gerade nach den jüngsten Preissteigerungen mehr als überfällig und hilft dort, wo es am nötigsten ist“, sagte Bußmann. Der Familienbund verwies darauf,

daß laut dem jüngsten Unicef-Bericht zur Kinderarmut ohne Kindergeld 1,7 Millionen Kinder der zusätzlich unter die Armutsgrenze rutschen würden. Bußmann bezeichnete Kinderarmut als großen gesellschaftspolitischen Skandal.



E. Huber

### GRÜNE JUGEND

Die Grüne Jugend hat die Haltung von Union und FDP in der Debatte um längere Laufzeiten für Kernkraftwerke kritisiert. „Union und FDP versuchen den Menschen ein Lügenmärchen vom sicheren Atomwiederaufbau aufzutischen, das jeglicher Realität entbehrt“, sagte der Sprecher der Grünen Jugend, **Jan Philipp Albrecht**. Das von CSU-Chef **Erwin Hu-**

berbeigeredete Endlager Gorleben entspreche nachweislich nicht den Kriterien, die die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe für die Eignung von Salzstöcken als Endlager formuliert habe. „Vielmehr mußte klar sein, daß ein sicheres Atomwiederaufbau auf absehbare Zeit nicht in Sicht ist“, sagte Albrecht. Auch der Vorschlag von FDP-Generalsekretär **Dirk Niebel**, den weltweiten Atomwiederaufbau einfach in Rußland einzuordnen, scheine eher ein schlechter Scherz zu sein. „Wer verkenn-

te, daß es sich um riesige Mengen an atomwaffenfähigem Material handelt, wird nicht im Traum auf die Idee kommen, es zentral in Staaten wie Rußland zu lagern“, sagte der Sprecher der Grünen Jugend.

### JUNGE UNION

Als desaströses Zeichen für die SPD hat die Junge Union (JU) den

möglichen Ausschuß **Wolfgang Clements** aus der Partei gewertet. „Die SPD hat sich damit endgültig von der früheren Reformpolitik Gerhard Schröders, für die **Wolfgang Clement** wie kein anderer steht, verabschiedet“, sagte der JU-Bundesvorsitzende **Philipp Mißfelder**. Dies zeige erneut den Linksrutsch innerhalb der Sozialdemokratie. Mit Clement verliere die SPD nicht nur einen ihrer profiliertesten Wirtschaftspolitiker, sondern auch den letzten Vertreter eines vernünftigen Kurses in der Energiepolitik. „Der Vorgang Clement sagt viel über die innerparteiliche Demokratie in der SPD aus“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete.

„Daß jemand wie **Wolfgang Clement** mit seiner Sachkompetenz seine Meinung in dieser Partei nicht mehr frei sagen darf, ist skandalös. Offene Diskussionen sind in der SPD nicht mehr erwünscht,



G. Ludewig

sondern werden als parteischädigend bezeichnet.“

### RCDS

Der Rückgang der Zahl der Studienanfänger ist nach Ansicht des Rings-Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ein besorgniserregendes Zeichen. „Überfüllte Hörsäle, mangelnde persönliche Betreuung und eine mehr als schlechte Verzahnung zwischen Schule und Hochschule schrecken immer mehr junge Menschen von der Aufnahme eines Hochschulstudiums ab“, heißt es in einer Stellungnahme des RCDS. Eine alleinige Erhöhung der Erstsemesterraten löse allerdings nicht die Kernprobleme deutscher Hochschulen. „Die schlechte Betreuungsrelation und die nicht aufeinander abgestimmte Schnittstelle zwischen Schule und Hochschule sind die wahren Probleme. Diese müssen wir lösen, um

jungen Menschen ein Umfeld zu bieten, welches das Studium für sie interessant macht“, sagte der RCDS-Bundesvorsitzende **Gottfried Ludewig**. Eine Verbesserung der Betreuungssituation und die Einführung einer verpflichtenden Orientierungswoche während der letzten beiden Schuljahre stellen Lösungsmöglichkeiten dar.

### VOLKER SCHIMPPF

Der konservative sächsische CDU-Politiker **Volker Schimpff** kehrt in den Landtag des Freistaats zurück. Schimpff, der bereits zwischen 1990 und 2004 dem Parlament angehörte, rückt für die neu gewählte Dresdner Oberbürgermeisterin und bisherige sächsische Sozialministerin **Helma Orosz** nach.



V. Schimpff

Im Frühjahr war der 53 Jahre alte Politiker aus Leipzig unter anderem für seine Verdienste für Bürgerkriegsopfer aus dem ehemaligen Jugoslawien mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

### SENIOREN UNION

Eine stärkere Beschäftigung im Unterricht mit dem DDR-Unrecht hat der Bundesvorsitzende der Senioren Union, **Otto Wulff**, gefordert. Er appellierte an die Kultus- und Schulminister der Bundesländer, mit einer Bildungsoffensive auf die „verherrlichten Ergebnisse“ einer Studie des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin zu reagieren. Laut dieser Untersuchung sehen die Hälfte der befragten Jugendlichen in Mitteldeutschland und ein Drittel im Westen in der untergegangenen DDR keine Diktatur. „Es ist ein Armutszeugnis für die deutsche Bildungspolitik, wenn knapp 20 Jahre nach der friedlichen Revo-

lution in der DDR und dem Fall der Berliner Mauer bei jungen Leuten fundamentale Kenntnisse über den Unrechtscharakter der kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden fehlen“, sagte Wulff. Dies sei auch eine Beleidigung aller Opfer des SED-Staates und der Opfer der Mitglieder der Bürgerbewegung, deren Engagement 1989 zur friedlichen Wende geführt habe. Wulff forderte die Kultusminister-Konferenz auf, umgehend einen Themen-Kanon zur Geschichte der SED-Diktatur zu erarbeiten, der verbindlich im Unterricht behandelt werden müsse.

\*\*\*

Mitteilungen für die Rubrik „Parteien, Verbände, Personen“ senden Sie bitte per E-Mail (redaktion@jungefreiheit.de), Fax (0 30 / 86 49 53-14) oder Brief (Hobenzollerndamm 27a, 10713 Berlin) an die JUNGE FREIHEIT.